

## Deutschland: Kritik an homophobem CDU-Politiker

**Die Lesben und Schwulen in der Union (LSU) üben scharfe Kritik an dem Bundestagsabgeordneten Alexander Krauß, der die Existenz von Inter- und Transsexuellen in Frage gestellt hat.**

Der Bundesverband der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) hat sich am Wochenende ungewohnt deutlich von dem CDU-Abgeordneten Alexander Krauß distanziert. Der 44-jährige Politiker hatte behauptet, dass es ein drittes oder noch mehr Geschlechter "nicht im realen Leben" gebe.



"Die Äusserungen des sächsischen Bundestagsabgeordneten Alexander Krauß sind inakzeptabel, verletzend und zeugen zudem von Unkenntnis", sagte Alexander Vogt, der die LSU bereits seit zehn Jahren anführt, in einer Pressemitteilung. Er warf dem Bundestagsabgeordneten sogar "bewusste Unkenntnis" vor. Es dürfe bezweifelt werden, ob bei Krauß Aufklärung zur Einsicht und Schliessung der Wissenslücken führe. Für Aufklärung stehe die LSU "grundsätzlich immer" zur Verfügung.

"Gerade kleine Gruppen muss der Staat vor Diskriminierung und Ausgrenzung schützen. Da sehen wir uns als LSU in der Mitverantwortung und werden Äusserungen wie von Herrn Krauß nicht hinnehmen und in der Union laut und deutlich ansprechen", so Vogt.

### Kritik auch von den Grünen

Auch Oppositionspolitiker hatten die Kommentare von Krauß scharf kritisiert. Der Grünenpolitiker Sven Lehmann sagte etwa am Freitag, die Äusserungen von Krauß seien "ideologisch und frei von jedem Wissen". Weiter erklärte der Sprecher für Queerpolitik der grünen Bundestagsfraktion: "Die von ihm zitierten niedrigen Zahlen von Säuglingen mit Geschlechtseintrag 'divers' sind vor allem ein Hinweis auf die fehlende Akzeptanz in der Gesellschaft, dass es mehr gibt als Mann/Frau."

Die 1998 gegründete LSU hat immer wieder versucht, CDU- und CSU-Mandatsträger davon zu überzeugen, LGBTI gleich zu behandeln. Die Parteien zeigten sich dafür in den letzten Jahren vermehrt offen, allerdings gibt es nach wie vor viel Abneigung. So wird der Interessenvertretung der Status einer offiziellen Vereinigung der CDU nach wie vor verwehrt.